

An das
Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung
Hrn. BM Ao. Univ.-Prof. Dr. Martin Polaschek
Minoritenplatz 5
1010 Wien
Ergeht per Mail: ministerium@bmbwf.gv.at

Linz, 12. September 2023

Art. 15a Vereinbarung – Initiative Erwachsenenbildung

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

die Initiative Erwachsenenbildung ist ein Vorzeigemodell der Kooperation zwischen Bund und Ländern und dem Europäischen Sozialfonds, um allen in Österreich lebenden Jugendlichen und Erwachsenen nach Beendigung der schulischen Ausbildungsphase den Erwerb grundlegender Kompetenzen und Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Dabei stellen die Bereiche der Basisbildung und das Nachholen des Pflichtschulabschlusses unverzichtbare Bestandteile dar, um Personen ohne ausreichende Mindestqualifikation bessere Zugangschancen zum Arbeitsmarkt zu eröffnen sowie deren soziale Integration zu fördern.

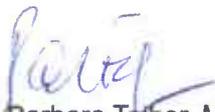
Dazu wurde durch eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern seit 2012 bis einschließlich 2023 abgeschlossen. Diese ermöglicht die Finanzierung und Durchführung der Angebote.

Derzeit steht eine neue Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG für die Jahre 2024 bis 2029 zwischen dem Bund und den Ländern noch aus.

Um die Qualität der Curricula und die Versorgung der Zielgruppe sicherzustellen und sowohl Erwachsenenbildungseinrichtungen als auch den dort Beschäftigten die erforderliche Planungssicherheit und Arbeitsplatzsicherheit zu gewährleisten, ersuchen wir dringend, die neue Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG für die Jahre 2024 bis 2029 zwischen dem Bund und den Ländern über die Förderung von Bildungsmaßnahmen im Bereich Basisbildung sowie von Bildungsmaßnahmen zum Nachholen des Pflichtschulabschlusses zeitnahe abzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Christoph Jungwirth
Vorsitzender
BABE - Berufsvereinigung


Barbara Teiber, MA
Vorsitzende
Gewerkschaft gpa


Karl Dürtscher
Bundesgeschäftsführer
Gewerkschaft gpa